

## KANTONSFINANZEN KP17

Mit der Botschaft KP17 (Konsolidierungspaket 2017) **versucht** die Regierung einige finanzpolitisch erforderliche Anpassungen in unserem Staatshaushalt einzuleiten.

**Von einem eigentlichen Sparpaket kann jedoch nicht gesprochen werden.** Es geht vielmehr darum, das stetige Kostenwachstum zu bremsen und besser in Einklang mit dem Einnahmewachstum zu bringen.

In den letzten Jahren leistete sich der Kanton Luzern stets ein grösseres Ausgabenwachstum als das reale Wirtschaftswachstum.

**Die vor Jahren eingeschlagene neue Finanzpolitik, die den Steuerzahler im Jahr um über 300 Mio. entlastet hat, führte nachweislich zu einer Stärkung des Kantons Luzern.** Von diesen Entlastungen profitierten primär die unteren Einkommen und der Mittelstand.

Statt der über Jahre erfolgten Abwanderung von Steuerzahlern und Firmen, hat sich der Kanton Luzern, dank dieser weitsichtigen Umstellung in der Steuerpolitik, zu einem Kanton mit einem positiven Zuwanderungssaldo entwickelt.

Die ehemalige „Steuerhöhle“ Luzern gilt schweizweit und erfreulicherweise auch über die Landesgrenzen hinaus als attraktiver Wohn- und Arbeitsort. Neben der zentralen und attraktiven Lage in der Mitte der Schweiz und von Europa ist der Kanton Luzern nun auch steuerlich zur TOP-Adresse geworden. Diesen imagemässigen Spitzenplatz gilt es weiter zu verteidigen.

Diese positive Entwicklung macht sich nun auch beim NFA, dem nationalen Finanzausgleich unter den Kantonen, bemerkbar. Der Kanton Luzern hat seine Abhängigkeit vom NFA von früher über 360 Mio./Jahr auf gut die Hälfte reduziert.

**Wir befinden uns also auf dem richtigen Weg, in die finanzpolitische Eigenständigkeit.**

Um diese positive Entwicklung auch für die Zukunft zu sichern, sind wir darauf angewiesen, dass wir auch die Ausgaben besser in den Griff bekommen. Nichts alles Wünschbare soll zum Machbaren gemacht werden.

Ein dringend erforderliches Konsolidierungspaket, mit einem Einsparpotential von mind. 330 Mio., sollte dies ermöglichen. Dieses Ziel hat sich die Luzerner Regierung, basierend auf der prognostizierten Entwicklung, selber vorgegeben. **Das von der Verwaltung und Regierung vorgelegte KP17-Programm erfüllt aber nicht einmal diese eigene Vorgabe.** Es ist eine Variante light.

Von den 240 Mio. die zur Diskussion stehen, hat der Kantonsrat einige besonders schwer verdauliche Massnahmen gestrichen. So versuchte die Regierung wieder einmal mehr, die Kantonsfinanzen auf Kosten der Gemeinden und mit Mehreinnahmen zu sanieren.

Ich hätte erwartet, dass die Regierung dem Kantonsrat ein Gesamtpaket von Massnahmen in der Grössenordnung von ca. 450 Mio. vorgelegt hätte. Damit wäre es dem Parlament möglich gewesen, politisch am wenigsten akzeptierte Massnahmen auszusetzen und trotzdem die Zielvorgabe zu erreichen.

Ein Sparbeitrag von 450 Mio. scheint mir realistisch, handelt es sich doch um weniger als 5% der Gesamtausgaben. In den letzten Monaten haben viele Unternehmen zusammen mit ihren Mitarbeitenden bewiesen, dass solche Kostenreduktionen möglich sind. Dieses Engagement sollte auch die Verwaltung des Kantons Luzern an den Tag legen.

**Eine Lockerung oder gar Aushebelung der Schuldenbremse und/oder Steuererhöhungen stellen nur eine kurzfristige Lösung dar, denn Probleme die man nicht löst oder vertagt, lösen sich nicht von selbst.**

**Die von der SP geforderte Erhöhung der Unternehmensteuer löst das Problem nicht, sondern wird es nachhaltig sogar noch verschärfen.**

Mit der Annahme dieser Initiative trägt die „ehemalige Arbeiterpartei“ dazu bei, dass Arbeitsplätze vernichtet werden oder Unternehmungen den Kanton Luzern verlassen.

Mit den von der SP prognostizierten Mehreinnahmen von 10-30 Mio. die nur eintreffen, wenn die bereits wirtschaftlich hart geprüften Unternehmen überhaupt noch Gewinne erzielen, stopft man kein Loch von über 120 Mio.

Werden den Unternehmen neben den währungsbedingten, kleineren Margen noch weitere Finanzen durch höhere Steuern entzogen, sind diese gezwungen zu reagieren. Notwendige Investitionen werden hinausgezögert, der Personalbestand wird reduziert, oder die Mitarbeitenden werden noch stärker mit Mehrleistungen belastet. Massnahmen die dann von den Gewerkschaften traditionellerweise bekämpft werden.

Wie in jeder Unternehmung üblich, muss auch der Kanton Luzern in der Lage sein, seinen Haushalt über strukturelle, organisatorische Massnahmen und über Angebotsanpassungen ins Lot zu bringen. Reorganisationen, Personalabbau, sind erforderlich.

Leider setzen sich SP-Vertreter lieber für die Erhaltung gutbezahlter Staatsstellen ein als für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Wirtschaft.

Ebikon, Juli 2016